Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 24 (1944-1945)

Heft: 10-11

Artikel: Die Lösung der europäischen Frage : aktuelle Gedanken zu den Vorschlägen von Professor Edward Hallett Carr

Autor: B.-G., C. v.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-159213

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Lösung der europäischen Frage

Aktuelle Gedanken zu den Vorschlägen von Professor Edward Hallett Carr

Von C. v. B.-G.

Es ist bestimmt nicht zu spät, über das Buch „Conditions of peace“ [1]) zu schreiben, obwohl es bereits vor vier Jahren geschrieben wurde. Vieles ist seit jenen Tagen geschehen; Rußland, Amerika, Japan haben in den Krieg eingegriffen, wodurch er sich in einen Weltkonflikt umgewandelt hat. Und wir werden uns weder wundern noch es dem englischen Professor übel nehmen, wenn manche seiner Ansichten durch die späteren Ereignisse überholt worden sind. Wir fügen aber zugleich hinzu, daß dies nur für einen unbedeutenden Teil derselben der Fall ist. Im übrigen hat das Buch Professor Carr's seine große Aktualität bewahrt. Ja, zu einer Zeit, wo die ersten Erlasse des alliierten Oberkommandos in den besetzten deutschen Gebieten erschienen sind, haben seine Ansichten über die Neugestaltung Europas und deren Kernproblem, die Behandlung Deutschlands, an Aktualität sogar gewonnen.

Der Nationalismus

Die internationale Politik setzt die Existenz der Nationen voraus. Und, obschon wir in Wirklichkeit unter diesem Begriffe meistens die interstaatliche Politik verstehen, ist die Nation als Trägerin des Staatswesens in unserem Zeitalter so eng mit ihm verbunden, daß die Frage des Nationalismus als eine entscheidende zu bezeichnen ist.

Carr spürt, daß jede internationale Ordnung im Nationalismus ihren mächtigsten Gegenspieler besitzt. Man merkt, daß er in seinem Innern bedauert, ihn nicht aus der Welt schaffen zu können. Er muß sich auf den Versuch beschränken, das Nationalgefühl zu bagatellisieren, was ihm aber, wie wir sehen werden, nicht gelingen konnte.

In dem magistralen Kapitel, das er die „Krisis des Selbstbestimmungsrechtes“ betitelt, setzt sich Carr mit dem Nationalismus auseinander. Seiner Meinung nach ist dieser als das Ergebnis der französischen Revolution, der Demokratie und des Individualismus zu betrachten. Das Selbstbestimmungsrecht ist ein Grundsatz, demzufolge die Individuen das Recht besitzen, über ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation zu

[1]) Das Buch „Conditions of peace“ ist in England im Jahre 1941 erschienen, wo es zahlreiche Neuauflagen erlebt hat. Die deutsche Übersetzung wurde im Jahre 1943 dem Publikum zugänglich gemacht, die französische in den letzten Wochen.

entscheiden. Wir könnten ihn mit dem Begriffe des subjektiven (oder voluntaristischen) Nationalismus umschreiben, wobei die Vereinigten Staaten von Nordamerika als Beispiel dienen mögen, daß eine derartige Auffassung der nationalen Wirklichkeit durchaus positive Ergebnisse liefern kann.

Das andere Extrem liegt in der Behauptung, daß die Zugehörigkeit zu einer Nation eine von der Natur aus gegebene Tatsache sei. Es leuchtet ein, daß diese Doktrine der europäischen Denkart besser entspricht. Der nationale Determinismus ist unser Stolz und unser Verhängnis zugleich. Bei näherer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß diese Fragen eigentlich das Problem nur am Rande berühren; sie lassen sich in der einen zusammenfassen: ob und wie weit eine Assimilation von Individuen möglich ist? Wir glauben, daß alle ruhig denkenden Menschen diese Möglichkeit bejahen müssen, allerdings mit Einschränkungen.

Es liegt dem Sozialisten Carr bestimmt fern, sich mit dem nationalen Determinismus zu solidarisieren, der im Rassenkult den letzten Ausdruck gefunden hat. Auf der anderen Seite wendet er sich aber auf das entschiedenste gegen das Selbstbestimmungsrecht, das in individuellen Entscheidungen seinen Ursprung hat. Zwischen diesen zwei Negationen vermag er indessen nicht, seine eigene Auffassung zu bestimmen. Aus der Negation des Selbstbestimmungsrechtes will er eine Behauptung konstruieren, die zu gefahrvollen Schlüssen führen kann.

Unserer Ansicht nach nimmt eine Nation, als Ganzes betrachtet, sowohl aus der Natur als auch, und zwar vor allem, in der Geschichte, ihre Gestalt an. Obwohl also der Wille des Einzelnen daran nichts zu ändern vermag, besitzen wir doch kein anderes Kriterium der Existenz, beziehungsweise der Zugehörigkeit zu einer Nation, noch können wir je ein anderes besitzen, als die zum Vorschein kommenden Entscheidungen der sie bildenden Menschen.

Das Bestreben, das Geburtsdatum des modernen Nationalismus ausfindig zu machen, dünkt uns eine interessante, aber, vom praktischen Standpunkt aus gesehen, eine unfruchtbare Beschäftigung. Vom gleichen Standpunkt aus betrachtet, ist es im großen und ganzen belanglos, ob sich die Menschheit um rassische, linguistische, konfessionelle oder dynastische Ansprüche streitet. Die Tatsache dieses Streites wird kaum aus der Welt zu schaffen sein. Eine Tendenz scheint im Laufe der Geschichte die andere abzulösen, und nur in diesem Strome vorwärts schreitend, wird man seinen Lauf zu beeinflussen vermögen.

Sprachen und Völker

Die These Carr's lautet: Europa zerfällt in zwei Gebiete. Westlich der Linie Berlin-Wien deckt sich das nationale Bewußtsein mit dem Gebrauch einer bestimmten Sprache vollkommen, im östlichen Gebiete dagegen ist dies nicht mehr der Fall. Es lohnt sich, auf Beweise einzugehen, die vom Autor, zur Bekräftigung seiner These, angeführt wurden. Sie

stellen mangelhafte Kenntnisse, die man auf der anderen Seite des Kanals von uns hat, in ein krasses Licht.

Es handelt sich um vier Volksbefragungen, die in Versailles bzw. in St. Germain angeordnet wurden. Im Saargebiet hat die deutschsprechende Bevölkerung für das Reich, die französischsprechende für die Zugehörigkeit zur Dritten Republik gestimmt. Hingegen hat in Masuren, in Oberschlesien und in Kärnten ein großer Teil der polnisch- bzw. slowenischsprechenden Bevölkerung ihre Stimme für Deutschland oder Österreich abgegeben.

Über die letztgenannten Fälle ist Folgendes zu sagen: es handelt sich jeweils um Bevölkerungen, die seit Jahrhunderten ihre Oberschicht zugunsten des deutschen Volkes, mit dem sie politisch verbunden waren, eingebüßt haben. Infolgedessen ist das nationale Bewußtsein der Volksmasse erst sehr spät wiedererwacht. Bei den Masuren, die übrigens durch ihre lutherische Religion sehr stark an das Deutschtum gebunden sind, war die Renaissance ihres Volksbewußtseins zur Zeit der Volksbefragung noch kaum vorhanden. Niemand, der die durchaus verschiedenen Verhältnisse, z. B. in Posen, kennt, wo die geschichtliche Kontinuität nie unterbrochen worden ist, oder in Böhmen, obschon die Tschechen vor 1848 kaum zu selbständig fühlenden Völkern gezählt werden konnten, wird bestreiten können, daß es sich hier nicht um einen Beweis handeln kann, der sich auf alle Völker Osteuropas anwenden läßt. Was uns Carr's Beispiele zeigen, ist ausschließlich die Tatsache, daß bei manchen Völkern und Volksteilen in Osteuropa das nationale Bewußtsein erst wiedererwachen mußte. Daß dies bereits fast überall geschehen ist, und daß diese Völker infolge jahrelanger Unterdrückungen, die sie erleiden mußten, in ihrem nationalen Fanatismus so manches westeuropäische Volk zweifelsohne übertroffen haben, braucht heutzutage niemandem mehr gesagt zu werden.

Indem Carr das Nationalitätenproblem im alten Europa so eigenmächtig verzerrt hat, kann uns seine Stellungnahme dem Recht der kleinen Völker auf Unabhängigkeit (bezw. auf Neutralität) gegenüber kaum noch in Staunen versetzen.

Die Unabhängigkeit der kleinen Staaten

Zweifellos steht einer friedlichen Verschmelzung Europas der Unabhängigkeitsdrang seiner Völker im Wege. Wir sehen aber nicht ein, wie man zu positiven Ergebnissen, die in dieser Richtung gingen, durch einfache Ablehnung dieses Tatbestandes gelangen könnte.

Carr hat, um dieser Schwierigkeit zu entgehen, zwei Wege eingeschlagen. Zuerst zweifelt er am Selbständigkeitsgefühl verschiedener Völker. Zweitens ordnet er das Recht eines Staates auf seine Unabhängigkeit der Opportunität derselben unter.

Sind die Ukrainer nicht einfach Russen? — frägt unser Autor. Die Antwort kann nur die sein: daß, obwohl der ukrainische Adel seit dem 16.

Jahrhundert die polnische Sprache und die polnischen Sitten angenommen hat, obwohl das Land vor 150 Jahren unter die russische Herrschaft geraten ist, und obwohl die ukrainischen Kommunisten von Moskau inspiriert sind, es sich um eine Nation handelt, die seit Jahrhunderten manchmal aktiv, manchmal passiv um ihre Unabhängigkeit ringt. Aber selbst wenn ein Volk im Urteil des englischen Professors den Namen einer selbständigen Nation verdient, hat es dadurch noch nicht viel gewonnen. „Es würde schwer fallen, ein Recht auf Unabhängigkeit für Katalonien zu fordern ..., ein solcher Anspruch müßte im Lichte der vernünftig interpretierten spanischen Interessen untersucht werden".

Die Beispiele sind geschickt gewählt, weil die Unabhängigkeit der Ukrainer oder Katalonier für die Weltöffentlichkeit augenblicklich ohne Interesse ist. Der Leser hat aber begriffen, daß hiermit ein gefährlicher Grundsatz aufgestellt wurde: nicht alle Völker besitzen das Recht, ihre Geschichte selbst zu gestalten. Daß es nur den „Starken" zusteht, beweisen uns die darauf folgenden Ausführungen Carr's über die kleinen Staaten. Sein Ausgangspunkt zu der Betrachtung dieses Problems ist denkbar einfach — zu einfach, wäre man geneigt zu sagen.

Die modernen Kriege haben gezeigt, daß ein Staat viele Soldaten, ausgedehnte Territorien, große Bodenschätze und gewaltige Industrien haben muß, um sich mit Erfolg behaupten zu können. Das sind alles Attribute, die einzig den Großmächten eigen sind. Demzufolge bilden die kleinen und mittleren Völker eine willkommene Gelegenheit für den Angriff, da sie sich selbst nicht helfen können. Der Autor will uns suggerieren, daß sie durch ihre Existenz allein schon eine Art „Kriegsursache" darstellen ...

Das uns von Carr vorgeschlagene Mittel, um diese Gefahr zu beheben, scheint leider schlimmer als die Krankheit selbst zu sein. Die kleinen Völker sollten sich den großen anschließen, um mit ihnen die uns von der anderen Seite viel gepriesenen „Lebensräume" zu bilden. Viele Fragen drängen sich uns auf. Warum sollte eine Weltordnung, in welcher die Erde, statt zwischen vielen Staaten, in große Lebensräume aufgeteilt wäre, für den Frieden förderlicher sein? Sind es nicht gerade die Großmächte, welche die Kriege entfesseln? Und würden sie durch das Wegfallen der kleineren Staaten davon abgehalten? Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß die Ursache der Weltkriege in erster Linie der Kampf der Mächte um den Vorrang untereinander ist. Würden diese „Lebensräume" nicht von autarkischen Gelüsten gelockt, die bekanntlich den freien Welthandel verunmöglichend, den Auftakt zu Kriegen um den „Zugang zu den Rohstoffen" bilden? Und schließlich die wichtigste Frage: wer könnte verhindern, daß die herrschenden Völker zur Versklavung ihrer „Protektorate" schreiten?

Hier macht Carr einen Vorschlag, der uns in Staunen versetzt: um der Herrschaft einer einzigen Macht auszuweichen, könnte ein kleiner Staat

wirtschaftlich zum „Lebensraume" der Macht „A", militärisch zu demjenigen der Macht „B" gehören! Unsere Vorstellungskraft reicht leider nicht aus, um an die Durchführbarkeit derartiger „schlauer Schachzüge" zu glauben.

Wir sind an einem Punkt angelangt, wo man die Lieblingsfrage Marschall Foch's stellen muß: de quoi s'agit-il? Carr antwortet: „man wird in der neuen Welt mehr als in der alten gezwungen sein, mit dem Machtfaktor zu rechnen". Die Großmächte sind Träger desselben; ihnen zuliebe müssen die Schwachen geopfert werden. Einen dauernden Frieden kann man nur auf dem Fundamente der Zusammenarbeit befriedigter Imperien bauen.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten

Die Abschnitte des Buches, die der Politik der Angelsachsen gewidmet sind, verdienen mit großer Aufmerksamkeit gelesen zu werden. An dieser Stelle werden wir uns auf die Darstellung einiger Gedanken beschränken müssen.

Die einzigartige Rolle der Bankiers der Welt, der größten Industriemacht und des Hauptzentrums der internationalen Politik, die Großbritannien im 19. Jahrhundert inne hatte, ist das Ergebnis einer organischen Entwicklung gewesen. Infolge ihrer geopolitischen Lage und ihrer Einstellung auf den Außenhandel ist den Briten die Herrschaft der Meere und dadurch ihre Stellung in der Welt quasi automatisch zugefallen.

Der rasche Aufstieg Deutschlands und der Vereinigten Staaten hat schrittweise zur Verdrängung der britischen Industriemacht geführt, wobei im Endeffekt behauptet werden kann, daß ein einziger Staat nie wieder eine derart monopole Stellung wird erlangen können. Dadurch ist es zu machtpolitischen Verschiebungen gekommen, insbesondere zwischen London und Washington. Diese Entwicklung ist im Laufe des ersten Weltkrieges zur endgültigen Tatsache geworden. Und es ist das Hauptproblem der britischen Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit gewesen, sich der neuen Lage anzupassen.

Die gesuchte Lösung wurde aber nicht gefunden. London, das an Macht und demzufolge an Prestige eingebüßt hat, wollte die Weltpolitik weiter maßgebend lenken. Dazu hat Amerika ständig gezögert, die Verantwortung für dieselbe auf sich zu nehmen. Nur im pazifischen Raume hat Washington die Leitung an sich gerissen. In Europa konnte Frankreich ohne Unterstützung Großbritanniens nichts mehr unternehmen. Großbritanniens Kontinentalpolitik konnte aber ohne die Macht Amerikas nur wenig ins Gewicht fallen. Die Schuld an dieser Entwicklung fällt auf amerikanischer Seite den Isolationisten zu. Der Isolationismus, der bis vor kurzem die Mehrheit der Amerikaner für sich hatte, ist durch zwei Gründe zu erklären: erstens sind die Vereinigten Staaten durch ihre geographische Lage vor jedem Angriff sicher. Zweitens besitzt ihre Industrie

ein Gegengewicht in der stark ausgebauten Landwirtschaft, die protektionistisch eingestellt ist und im Senat, der über die Außenpolitik die letzten Entscheidungen fällt, aus wahltechnischen Gründen ihre Stütze hat. Somit ist Amerika im Vergleich zu Großbritannien weniger auf den Außenhandel angewiesen.

Carr ist hinsichtlich eines Engagements der Vereinigten Staaten gegenüber der neuen Weltordnung, die paradoxerweise hauptsächlich von ihnen geschaffen werden soll, sehr skeptisch. Wir haben den Eindruck, daß er hier ganz einfach die bekannten Erfahrungen der Jahrzehnte, die dem ersten Weltkriege folgten, in die Zukunft transponiert. Den Weg, den Amerika diesmal in der Rolle der führenden Macht beschritten hat, wird es nie mehr ganz verlassen können. Hingegen müssen wir Professor Carr Recht geben, wenn er behauptet, daß die Außenpolitik der USA künftig weitgehend mit der britischen übereinstimmen wird, und zwar in dem bestimmten Sinne, daß Großbritannien als amerikanischer Vorposten zu betrachten sein wird.

Die Dominions und mit ihnen das gesamte Empire, das im Laufe des Krieges die Rolle des Schuldners mit der des Gläubigers der Londoner City vertauscht hat, wird sowohl aus militärischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen sich immer entschiedener an Washington anlehnen müssen. Seit jeher hat Europa im Außenhandel Großbritanniens die erste Stelle eingenommen. Wenn wir weiter berücksichtigen, daß die Sicherheit der Insel mit derjenigen Europas steht und fällt, so liegt der Schluß nahe, daß London sich in der Nachkriegszeit den kontinentalen Angelegenheiten wird zuwenden müssen. In dem Maße, in dem es gelingen wird, die Interessen Washingtons mit denjenigen des Empires zu verflechten, was für einen oberflächlichen Beobachter allerdings wie eine „Kapitulation Londons vor Washington" aussähe, wird das Interesse der USA für den „Vorposten" Britannien wachsen. Dadurch wird die Voraussetzung geschaffen, die der Londoner Regierung ermöglichen soll, eine aktive Politik in Europa zu führen, hinter der die Macht der gesamten angelsächsischen Welt stünde.

Das Gleichgewicht der Mächte

Ist eine Politik der „splendid isolation" nach diesem Kriege möglich? Der Wunsch nach derselben soll im britischen Volke immer noch lebendig sein. Viele Engländer hegen den Glauben, daß ein Rückzug auf die Position des Empire, welches sich seinerseits den USA anschließen soll, eine unüberwindliche angelsächsische Macht schaffen würde, die sich dann von den kontinentalen Angelegenheiten distanzieren könnte. An dieser Stelle erinnern wir uns des köstlichen Beispieles der alogischen Denkweise der Briten, das André Maurois einmal zitiert hat. Wie es in diesem Lande üblich ist, schrieb ein Wähler an den Kandidaten für das Unterhaus, der in seinem Bezirke die Wahlkampagne eröffnet hatte, diesen so einfachen Satz: „Ich hoffe, daß

Sie für den Völkerbund sind, und gegen jede Verwicklung nach außen hin"... Mit Recht bezeichnet Carr den Glauben an eine derartige Isolierung vor der übrigen Welt als gefährliche Selbsttäuschung.

Die Außenpolitik Großbritanniens beruhte seit jeher auf dem Axiom der „balance of powers". Dieses besagt, daß London sich abseits von den kontinentalen Streitigkeiten halten kann und soll, solange irgend eine Macht durch eine andere gehindert ist, die Alleinherrschaft über Europa an sich zu reißen.

In diesem Falle genießt die britische Außenpolitik große Bewegungsfreiheit, gepaart mit dem Rufe der Unparteilichkeit. Dies verschafft ihr das nötige Gewicht bei der allfälligen Unterstützung der schwächeren Mächtegruppen. Im Augenblicke aber, da eine Kontinentalmacht alle anderen an Stärke übertroffen hat, ist das Gleichgewicht und damit die unabhängige Stellung Großbritanniens zu Ende. Das ist um 1903 der Fall gewesen. Rußland und das vom zweiten Reiche überflügelte Frankreich konnten ohne aktive britische Hilfe den Deutschen nicht mehr die Stirne bieten. Nach dem ersten Weltkriege versuchte London von neuem, sich vom Kontinent zu distanzieren und im Rahmen des Völkerbundes das Gleichgewicht der Mächte wieder herzustellen. Für Frankreich bedeutete hingegen die Genfer Liga die Rahmenorganisation für eine antideutsche Allianz. Die britischen Versuche, die auf einer falschen Einschätzung der Lage beruhten, scheiterten kläglich. London wurde zur aktiven Anteilnahme an der Bannung des deutschen Übergewichtes gezwungen.

Nach diesem Kriege wäre die Rückkehr zur Politik der „splendid isolation" nur dann möglich, wenn zum mindesten eine der folgenden Bedingungen erfüllt wäre:

1. Wenn Frankreich eine Entwicklung „nach rückwärts" durchgehen und die stärkste Kontinentalmacht werden sollte. Carr's Antwort lautet: „sich auf die französische Allianz als auf einen hauptsächlichen Faktor der europäischen Politik zu stützen, wäre ein heller Wahnsinn."

2. Wenn eine Föderation (bezw. Koalition) der kleinen Staaten Mittel-, Ost- und Südost-Europas entstehen sollte, die den Deutschen die Stirne bieten könnte. Dies war übrigens das Bemühen der französischen Außenpolitik in der Zwischenkriegsperiode. Erstens ist diese Konzeption schon damals gescheitert. Zweitens ziehen diese Staaten einer engeren Verbindung untereinander eine solche mit einer Großmacht vor, die ihren territorialen Ansprüchen gegenüber den Nachbarvölkern Rechnung trägt. Drittens, und dies ist einer der penetrantesten Gedanken des Buches, bildet Deutschland sowohl für das Britische Empire als auch für Rußland nur eines der vielen Probleme, denen sie zu begegnen haben. Wobei Rußland mit Deutschland nicht nur gegensätzliche, sondern auch parallele Interessen besitzen kann. Den Russen wäre eine derartige Föderation, welche die Westmächte beeinflussen könnten, gerade so ungelegen wie den Deutschen,

was zwangsläufig zur Annäherung dieser Mächte untereinander führen würde.

3. Wenn Rußland auf die Dauer stark genug und ständig gewillt wäre, über Deutschland zu wachen. Carr unterschätzt sichtbar die Offensivstärke der Sowjetunion und zweifelt an der Bereitschaft dieses Landes, immer eine antideutsche Politik zu führen.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen gelangt er zu der Feststellung, daß eine aktive Kontinentalpolitik Londons nicht umgangen werden kann. 1. Die britische Kontinentalpolitik muß mit derjenigen der angelsächsischen Welt in Übereinstimmung gebracht werden. Denn Londons Macht beruht auf dem Empire, das seinen Bestand auf der amerikanischen Freundschaft gründet. 2. Großbritannien soll in Westeuropa die Führung übernehmen, was aber allein noch nicht genügen kann. 3. Engste Mitarbeit mit der Sowjetunion, die ihrerseits die Führung östlich von Deutschland übernehmen sollte, ist unbedingt erforderlich. Aber man soll eines nicht vergessen: „Die Dauer irgend einer europäischen Ordnung hängt von den Machtfaktoren ab, die in fünfzig Jahren vorhanden sein werden, um diese Ordnung gegen jede Gefahr zu verteidigen". Jeder Macht sollte daher ein Raum zugewiesen werden, von dem man mit Bestimmtheit annehmen kann, daß sie ihn immer wird beschützen wollen. Für Gesamteuropa kann keiner Macht diese Rolle zugemutet werden. Man muß also eine Lösung finden, die es auf die Dauer befrieden wird. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, heißt aber Europa: Deutschland.

Die Behandlung Deutschlands

Als eine der Großmächte, von denen die künftige Sicherheit abhängen wird, muß Deutschland befriedet werden. Das ist der Ausgangspunkt der Carr'schen Vorschläge.

Zunächst will er gewisse Eigenschaften des deutschen Charakters, die dieses Volk so unbeliebt machen, durch die Tatsache erklären, daß das Reich die Stärke einer Großmacht erst im Augenblick erlangt hat, da in der durchforschten und aufgeteilten Welt keine Möglichkeit für Expansion vorhanden war. Dem wäre dadurch abgeholfen, daß man den Deutschen den erforderlichen Spielraum geben würde, in dem sie ihre überschüssigen Energien gebrauchen könnten. Mit Recht läßt Carr die Bemerkung fallen, daß die Änderung des deutschen Charakters auf dem Wege einer „Umschulung", die von den Siegern erzwungen wäre, zu den naivsten Illusionen gehört, die nur in verworrenen Gehirnen entstehen könnte.

Was den alten von der „Action Française" und ihrem großartigen Geschichtsschreiber Bainville stammenden Vorschlag betrifft, nämlich die Rückkehr zum Westfälischen Frieden, d. h. zur Aufteilung Deutschlands in unabhängige Staaten (übrigens eine vom französischen Standpunkt aus einwandfrei logische Lösung), so begründet Carr seine ablehnende

Haltung diesem Vorschlag gegenüber durch die Tatsache, daß der Einheitswille des deutschen Volkes bedeutend stärker ist als die partikularistischen Tendenzen, woraus folgt, daß man ständig eingreifen müßte, um die Wiedervereinigung des Reiches zu verhindern. Außerdem, schreibt der Engländer, ist ein einheitlicher deutscher Wirtschaftsorganismus für die englische Prosperität unbedingt erforderlich.

In der Übergangsperiode sollte die alliierte Besetzung nur von kurzer Dauer sein, um den deutschen Nationalstolz nicht zu verletzen. Im Hinblick auf die spätere freundschaftliche Mitarbeit sollten die Feinde von gestern weder als Besiegte behandelt, noch für die Entfesselung des Krieges bestraft werden. Das Wort „Reparationen" müßte man ausschalten und diese durch freiwillige Mitarbeit bei dem Wiederaufbau Europas ersetzen. Es dürfte den Deutschen nicht verboten sein, eine Armee zu haben, denn sie würden durch dieses Verbot nur veranlaßt werden, ein „geheimes Heer" zu organisieren, neuartige technische Mittel und strategische Konzeptionen zu schaffen.

Die deutsche Rüstungsindustrie sollte nur insofern beaufsichtigt werden, als dies in allen Ländern, kraft der Einsetzung eines „europäischen Amtes für wirtschaftliche Planung", der Fall sein würde. Die den Nationalismus entzündenden Gebietsabtrennungen müßten wegfallen. Durch die Aufforderung, den Deutschen in der Wahl ihrer Regierung freie Hand zu lassen und sie mit Lebensmitteln und anderen Gütern reichlich zu versorgen, runden sich die Vorschläge des englischen Professors ab.

Immerhin erlauben wir uns, den Verfasser zu fragen, ob er wirklich glaubt, daß das wiedererstarkte Reich, wie er es haben möchte, niemals andere Wünsche als die des ökonomischen Aufstieges hegen würde ...?

Die Organisierung Europas

Deutschland kann ohne Europa nicht leben. Europa braucht Deutschland. Hitler hat die wirtschaftliche Einheit des Kontinents geschaffen. Die Alliierten verfügen über ausgedehnte Hilfsquellen. Die Armeen vieler Länder kämpfen unter einheitlichem Kommando zusammen. Ein Land besitzt Stützpunkte in einem anderen.

Carr möchte, von diesem Tatbestand ausgehend, die zukünftige europäische Ordnung aufgebaut sehen. Im Zeichen der „Solidarität in der Arbeit". Die gemeinsamen Anstrengungen aller Nationen am gewaltigen Werke des Wiederaufbaues der verwüsteten Länder, die zum Wohle aller darüber hinaus fortgesetzt werden sollten, müßten sich, wie unser Professor hofft, als ein „Ersatz" für die Kriege erweisen.

Unter dem im Kampfe geschaffenen gemeinsamen Oberkommando sollten sich internationale Streitkräfte schrittweise in eine Art Miliz oder Ordnungspolizei umwandeln. Internationale Ämter für Fragen des Transportes, des Wiederaufbaus, der Versorgung und Arbeitsbeschaffung sollten in einer Organisation des „Europäischen Planens" ihre Krönung

finden. Wahlen und Abstimmungen sollten verschoben werden, denn sie sind geeignet, die Eintracht zu stören. Grenzfragen spielen keine Rolle entscheidender Art; später würden sie sich „aus praktischen Erfahrungen von selbst ergeben". Als Resultat dieses Vorgehens erwartet Carr eine weitgehende Integration, die dem delikaten Probleme der Souveränität die Spitze abbrechen, und den Geist der zwischenstaatlichen Solidarität schaffen würde. Dann erst dürfte man zum Friedensschluß schreiten.

Damit wird eine tiefe Wahrheit ausgesprochen: Waffenstillstand bedeutet das Ende des Kampfes; das Werk des Friedens muß unabhängig davon geschafft werden. Nur Völker und Männer, welche die Kriegspsychose und alles, was sie mit sich bringt, überwunden haben, können ohne Schaden an der Gestaltung der Zukunft mitwirken. Es war ein Schönheitsfehler des Völkerbundes, daß sein Pakt einen Bestandteil des Friedensvertrages von Versailles bildete, der seinem ganzen Wesen nach mit dem Kriege — dem er seinen Ursprung verdankt — verbunden war.

Carr möchte deshalb den künftigen Völkerbund fern von dem Problem „Sieger — Besiegte" sich gestalten sehen.

Der alte Völkerbund schuf einen juristischen Rahmen, den das internationale Leben füllen sollte. Da dies nicht gelang, sollte man die oben geschilderten zwischenstaatlichen Mitarbeitsformen in Paragraphen fassen — aber erst nachdem sie eine Realität geworden sind. Die Entwicklung muß organisch sein.

Schlußwort

Von einer durchaus falschen Einschätzung des Willens zur Selbständigkeit der kleinen Nationen ausgehend — die großen Völker sind vom Verfasser verschont geblieben —, hat Professor Carr einen umfassenden Plan zur Dämpfung der Kriegsgefahr entworfen. Dieser soll sich auf die Zusammenarbeit der Großmächte stützen, welche über die kleineren Staaten, die das Unglück haben, in ihren „Räumen" zu liegen, ihre Macht ausüben und, dadurch befriedigt, in Eintracht gemeinsam ein soziales, wirtschaftliches und politisches Werk aufbauen sollen.

Zu diesen Mächten muß Deutschland zugezogen werden, da man mit der Möglichkeit, es auf die Dauer niederzuhalten, nicht rechnen darf. Für die internationale Mitarbeit, die sich organisch entfalten sollte, würde man erst nachträglich einen juristischen Rahmen schaffen können.

Bei aller Achtung für die intelligente Art, mit der Edward Hallett Carr seinen Friedensplan begründet, drängt sich unserer Einsicht Pascals Wort auf: „que la force doit être au service du droit". Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, die Souveränität, die sie für sich beanspruchen, ist zweifelsohne oft mißbraucht worden. Die fundamentalen Menschen- und Völkerrechte dürfen aber niemals der Mißbräuche wegen aufgehoben werden. Bei aller Bedeutung, die wir einer organischen Gestaltung des zwischenvölkischen Zusammenlebens beimessen sollten, kann uns nur eine allge-

meine und klare Anerkennung des für alle geltenden Rechtes dafür Gewähr leisten, daß die entscheidende Macht nicht in Hände gerate, die sie gegen schwächere Völker anwenden würden.

In mühseliger Arbeit müssen sich die Regeln des Völkerrechtes im Bewußtsein der Menschheit formen. Durch Förderung des Schiedsspruches, der sich in der Freiheit gründet, sollte die Einsicht wachsen, daß alle Völker im Glück wie in der Not solidarisch geworden sind. Die Antwort auf die Frage, wie weit das gelingen wird, gehört der Geschichte an. Einstweilen stehen die Völker noch unter dem Gesetz des Lebens, nach welchem sie Angriffe auf ihre Rechte mit den Waffen in der Hand parieren müssen.

Bulle / und die Gefahr des Kollektivismus

Von **Hans Honegger**

Wir bringen diesen Aufsatz zur Veröffentlichung im Sinne eines Diskussionsbeitrages; er stellt ein ebenso wesentliches wie weitschichtiges Problem zur Debatte.
Redaktion der „Schweizer Monatshefte".

Bulle hat — nach Steinen — für unser Land eine große Gefahr ganz neuartiger Prägung offenbart. Die Öffentlichkeit zeigte zwar begründete Zeichen berechtigter Unruhe über die Vorkommnisse von Bulle. Eine unserer meistgelesenen Tageszeitungen wagte es sogar, bereits im Titel eines längeren Artikels über die Ereignisse von Bulle von der „bedrohten Bundesautorität" zu sprechen. Aber nirgends wurde bisher in der Presse die Gefahr, die sich hier jäh, an einem klaren Beispiel, vor unseren Augen offenbart, in ihrer ganzen Tiefe und Abgründigkeit beleuchtet.

Wir Schweizer sind aber doch „ein politisch reifes" und „aufgeklärtes" Volk; mindestens bilden wir es uns ein, ein solches zu sein. Wir dürfen deshalb hier unmöglich Vogelstraußpolitik betreiben, und einfach, wie jener berühmte Wüstenvogel, „den Kopf in den Sand stecken". Diesmal und heute stehen nämlich unendlich viele und wichtige Dinge für uns auf dem Spiele. Es geht hier recht eigentlich um das künftige Wohlergehen, ja um den inneren Frieden und möglicherweise um den — Bestand unseres Landes! Zuweilen schenkt ein Land den ihm von innen drohenden Gefahren zu wenig Beachtung, weil, und solange man sich von außen stark bedroht fühlt.

* * *

Das gewagte Wort ist ausgesprochen: nichts Geringeres als der innere Friede erscheint heute vielfach bedroht. Sollte man angesichts einer solchen Sachlage nicht „dennoch" und „trotzdem" einmal ganz eindeutig sprechen dürfen?